



Register Neukölln

JAHRESAUSWERTUNG 2024



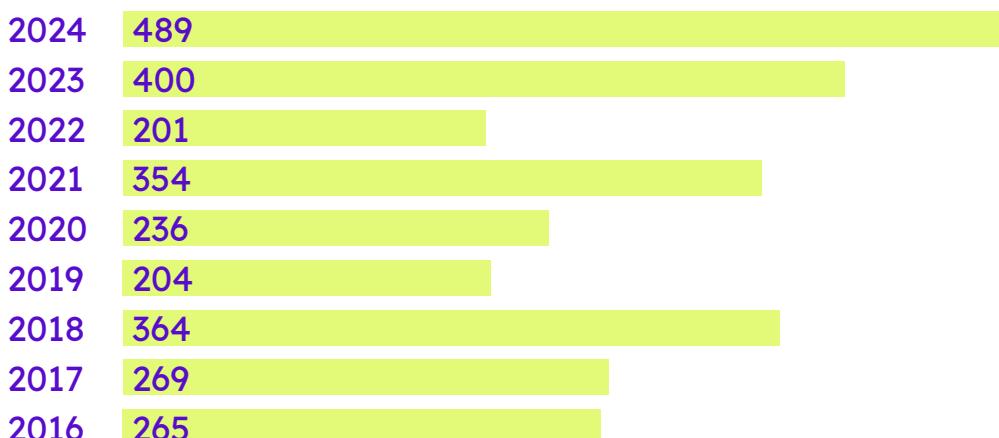
Das Register Neukölln im Jahr 2024

Anstieg von strukturellen Benachteiligungen, Zunahme antisemitischer Propaganda, Läden und Kneipen als Zielscheibe

Im Jahr 2024 dokumentierte das Register Neukölln eine Gesamtzahl von 489 Vorfällen, das bisher höchste Vorfallaufkommen in der Geschichte des Bezirklichen Registers. Im Durchschnitt ereignete sich also alle 17-18 Stunden ein extrem rechter oder diskriminierender Vorfall in Neukölln. Weiterhin wurden überwiegend Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze dokumentiert. Ähnlich wie in den Vorjahren belief sich der Anteil an Propagandavorfällen auf 63 Prozent. Eine Zunahme war hier vor allem im Bereich der antisemitisch motivierten Propaganda zu vermerken. Diese Entwicklung zeichnete sich seit dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und dem anschließenden Krieg ab und führte sich über das Jahr 2024 fort. Auf den Straßen, an den Häuserwänden Neuköllns und weiterer Innenstadtbezirke, war das Ringen um die Deutungshoheit um den Nahostkonflikt deutlich sichtbar. Eine fachgerechte und betroffenenzentrierte Einordnung der antisemitischen Vorfälle erfolgte in Absprache und Zusammenarbeit mit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS).

Die Auswirkungen zunehmend polarisierter gesellschaftlicher Migrationsdebatten zeigen sich im Bezirk auf unterschiedliche Weise sehr deutlich. So ist ein Großteil der dokumentierten Angriffe, Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien weiterhin rassistisch motiviert. Ebenfalls konnten mehr LGBTIQ*-feindliche Vorfälle im Bezirk erfasst werden. Zumeist sind es Einzelpersonen, die von den tätlichen Angriffen, Beleidigungen und Bedrohungen betroffen sind. Im Jahr 2024 wurden jedoch auch Läden, Cafés und Kneipen mehrfach aufgrund ihres offen queerfreundlichen Auftretens gezielt beschädigt. Gleiches gilt für eine Kneipe, in der regelmäßig antisemitismuskritische Veranstaltungen stattfinden. So schlägt sich die Hetze der politischen Debatten in konkreten Aktionen nieder, die all diejenigen, die nicht in das Weltbild von Neonazis, Rassist*innen, Antisemit*innen und Queerfeind*innen passen, einschüchtern sollen.

Gesamtzahl der Vorfälle im Jahresvergleich





Der Bezirk Neukölln

Neukölln liegt im südlichen Teil Berlins. Mit etwa 330.000 Bewohner*innen zählt Neukölln zu den größeren und dichterbesiedelten Bezirksteilen der Stadt. Die einzelnen Bezirksteile (Nord-Neukölln, Britz, Buckow, Rudow und Gropiusstadt) unterscheiden sich jedoch stark voneinander, sowohl hinsichtlich der Bebauungsdichte, der Wohnform, des Anteils an Grünflächen als auch im Hinblick auf die soziodemografischen Merkmale. Diese Verschiedenheiten spiegeln sich ebenfalls in der Anzahl und Art der gemeldeten Vorfälle wider. Während aus den südlichen Bezirksteilen vorwiegend extrem rechte Propaganda gemeldet wird, verzeichnet der Norden auch Meldungen von Angriffen und Beleidigungen.

Ein entscheidender Aspekt des städtischen Lebens in Neukölln sind die wichtigen Verkehrsknotenpunkte im öffentlichen Personennahverkehr. Zu diesen Knotenpunkten gehören der U-Bahnhof Hermannplatz als einer der verkehrsreichsten und bedeutendsten Berlins, und der S- und U-Bahnhof Neukölln. Nord-Neukölln sticht außerdem durch eine Vielzahl an kulinarischen und kulturellen Angeboten sowie ein lebendiges Nachtleben hervor.

Seit mehreren Jahren ist Süd-Neukölln Schauplatz einer extrem rechten Angriffsserie und weiterer neonazistischer Aktivitäten. Die Hochphase bildeten die Jahre zwischen 2009 bis 2021. Der juristische Prozess um den Neukölln-Komplex endete im Dezember 2022. Auf das Drängen zahlreicher zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, Betroffener und solidarischer Politiker*innen nahm im selben Jahr ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der rechtsextremen Angriffsserie seine Arbeit auf. Im Fokus steht hier das behördenseitige Vorgehen im Zuge des Ermittlungsprozesses. Die Aufklärung der Taten steht weiterhin aus.

Vorfallarten im Überblick

Sprüche an der Wand, queerfeindliche Übergriffe auf der Straße

Weiterhin nehmen Propagandameldungen (z.B. Graffiti, Sticker, Flugblätter) mit einem Anteil von 63 % den Großteil aller registrierten Vorfälle im Jahr 2024 ein. Ein direkter Vergleich mit dem Vorjahr offenbart einen Anstieg um 75 Vorfälle. Die verbleibenden 179 teilen sich wie folgt auf: 7 % Angriffe, 14 % Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien, 9 % Angriffe, 2 % Sachbeschädigungen, 8 % strukturelle Benachteiligungen und 4 % Veranstaltungen.

Vorfallarten 2022–2024

2022 2023 2024

Angriff

21
36
36

Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei

37
65
69

Propaganda

121
235
310

Sachbeschädigung

2
19
12

Strukturelle Benachteiligung

17
32
41

Veranstaltung

1
13
21

Sonstiges

2

Die Zunahme der **Propaganda** ist besonders auffällig: Während im letzten Jahr 59 % aller Vorfälle auf Propaganda entfielen, stieg dieser Anteil im Jahr 2024 auf 63 Prozent. Diese Entwicklung ist vor allem auf einen Anstieg antisemitisch motivierter Propaganda zurückzuführen, die durch die Zusammenarbeit mit dem Kooperationsprojekt RIAS (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus) wesentlich dokumentiert wurde. Das hohe Vorfallaufkommen in diesem Bereich verdeutlicht die veränderte Dynamik seit dem 7. Oktober 2023: Mehr als die Hälfte der 142 antisemitisch motivierten Propagandameldungen stand im Zusammenhang mit dem Angriff der Hamas auf Israel.

Ebenso hat Propaganda gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten zugenommen (2023: 19; 2024: 33). Hierbei stammt die meiste Propaganda von extrem rechten Parteien oder Versandhandel und richtet sich vorwiegend gegen antifaschistisches und

zivilgesellschaftliches Engagement. Ein Beispiel hierfür ist ein mehrfach gemeldeter Aufkleber mit der Aufschrift „Corruptiv. Propaganda für die Regierung“. Hierbei handelt es sich um eine Anspielung auf die Recherchen des Medienhauses „Correctiv“ zu Akteur*innen der extremen Rechten. Das Wortspiel mit dem Begriff der „Korruption“ richtet sich gegen die Pressefreiheit der Journalist*innen und ihre investigativen Recherchen und kann als Teil eines extrem rechten Kulturkampfes gesehen werden. Aufkleber und Graffiti mit Hassbotschaften wirken zudem einschüchternd auf potentiell Betroffene, insbesondere wenn diese im unmittelbaren Wohn- und Lebensraum angebracht werden.

Die Berliner Register

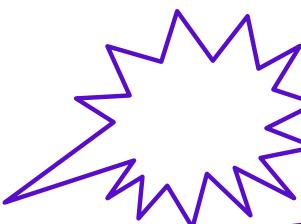
Das Register Neukölln ist Teil des zivilgesellschaftlichen Monitoringprojektes „Berliner Register“. Als bezirkliche Melde- und Dokumentationsstelle erfasst und dokumentiert das Register Neukölln rassistische, antisemitische, antiziganistische, LGBTIQ*-feindliche, extrem rechte und weitere diskriminierend motivierte Vorfälle im Bezirk.

Neben strafbaren Vorfällen wie beispielsweise Angriffen, Sachbeschädigungen oder Bedrohungen werden auch niedrigschwellige Vorfälle wie Graffiti und Aufkleber dokumentiert sowie Vorfälle, die nicht bei der Polizei angezeigt werden. Die Vorfallmeldungen erfolgen in lokalen Anlaufstellen oder auf direktem Weg an die Koordination der „Berliner Register“ oder die bezirkliche Registerstelle. Die Register sind dabei maßgeblich auf die Unterstützung und das zivilgesellschaftliche Engagement aktiver Melder*innen angewiesen. An dieser Stelle möchten wir uns bei allen bedanken, die regelmäßig ihre Erfahrungen und Beobachtungen mit der Registerstelle teilen!

Obwohl es sich bei der Registerstelle um ein Monitoringprojekt zur Analyse extrem rechter und diskriminierender Aktivitäten im jeweiligen Bezirk handelt, kann kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden. Die Arbeit der Registerstelle hat ihre Grenzen. Es können nur Vorfälle in die Analyse einbezogen werden, die gemeldet werden, von kooperierenden Beratungsstellen weitergeleitet werden, über die in der Presse berichtet wird oder die von der Berliner Polizei veröffentlicht werden. Demnach ist anzunehmen, dass ein beträchtliches Dunkelfeld besteht. Die Dokumentation und Auswertung der Vorfälle dienen dazu, Diskriminierungen und Aktivitäten der extremen Rechten auf lokaler Ebene sichtbar(er) zu machen. Nicht zuletzt soll ein Raum geschaffen werden, in dem Betroffene ihre Erfahrungen schildern und kollektivieren können. Das Lagebild und die Analyse verschiedener Diskriminierungsformen im Bezirk kann zivilgesellschaftlichen und demokratischen Akteur*innen als Grundlage dienen, um entsprechende Maßnahmen zu entwickeln.

Im Jahr 2024 wurden insgesamt 55 Hakenkreuze im Bezirk Neukölln verzeichnet, was einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr darstellt, als noch 70 Hakenkreuze dokumentiert wurden. Im Ortsteil Nord-Neukölln wurden wie im vorangegangenen Jahr 24 Hakenkreuze registriert, in Rudow 19 und in Britz sechs. Aus Rudow wurden weniger Hakenkreuzschmierereien gemeldet. Neonazis klebten hier stattdessen mehr Sticker und hinterließen Zahlencodes sowie weitere Schmierereien. Ein anhaltender Trend nach dem 7. Oktober 2023 zeichnet sich auch in der häufigen Kombination von Hakenkreuzen mit antisemitischen Inhalten ab, insbesondere in Nord-Neukölln. Bei 14 der Hakenkreuze handelte es sich um solche Kombinationen. Die **Angriffe** in Neukölln bleiben mit 36 Meldungen auf dem Niveau des Vorjahres. Weiterhin ist das vorherrschende Motiv **LGBTIQ*-Feindlichkeit** mit 15 Vorfällen, gefolgt von elf rassistisch motivierten und neun antisemitisch motivierten Angriffen. In den meisten Fällen handelte es sich um Zufallsbegegnungen. Am 5. März 2024 wurden beispielsweise zwei junge Frauen, eine trug ein Kopftuch, in der Fuldastraße von einem Radfahrer rassistisch beleidigt und bespuckt. Der Mann traf dabei eine der Frauen im Gesicht. Im Juli wurde ein Paar aus homofeindlicher Motivation im Weichelpark angegriffen. Dabei wurden die Betroffenen gegen den Kopf und in den Rücken getreten.

Für Betroffene bedeuten Gewalterfahrungen häufig schwerwiegende Einschnitte wie Verletzungen, ein anhaltendes Bedrohungsgefühl, Folgeerkrankungen oder sozialer Rückzug. An dieser Stelle verweist das Register Neukölln auf die Angebote von spezifischen Beratungsstellen, um den Betroffenen eine Begleitung zu ermöglichen.



**BEDROHUNG,
BELEIDIGUNG &
PÖBELEIEN**

25. Oktober 2024

Zwischen dem 25. und dem 26. Oktober 2024 wurden die Autoreifen eines politischen Gegners der extremen Rechten in Rudow zerstochen. Die Person zählt zu den Betroffenen der extrem rechten Neuköllner Angriffsserie und war in der Vergangenheit schon mehrfach das Ziel rechtsextremer Anschläge.

Quelle: Register Neukölln, Tagesspiegel vom 30.10.2024

V O R F A L L A U S D E R C H R O N I K

Im Jahr 2024 wurde ein leichter Anstieg von **Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien** in Neukölln verzeichnet, mit 69 Vorfällen im Vergleich zu 65 im Jahr 2023. Die Hauptmotive für diese Vorfälle

sind Rassismus (32 %), dicht gefolgt von Antisemitismus (30 %) und LGBTQ*-Feindlichkeit (26 %). Im Mai wurde eine Frau in Neukölln beleidigt und bedroht, da sie im Bus eine jüdische Zeitung auf dem Handy las. Plötzlich wurde sie mit den Worten „Was für einen Scheiß liest du da?“ von zwei Jugendlichen angepöbelt, die hinter ihr saßen. Es folgten Beleidigungen. Niemand im Bus reagierte darauf. Am 11. August wurde ein lesbisches Paar am U-Bahnhof Leinestraße von einer Gruppe von Männern beleidigt. Das Paar lief Hand in Hand an den drei Männern vorbei, als diese zu johlen anfingen und sie rassistisch beleidigten.

Besonders auffällig ist, dass 51 dieser Vorfälle in Nord-Neukölln stattfanden. Dies lässt sich durch mehrere Faktoren erklären. Zum einen ist das Meldesystem in der Region stärker ausgebaut, was zu einer höheren Anzahl von Berichten führt. Mehr Melder*innen bedeuten, dass Vorfälle besser dokumentiert werden. Zum anderen ist Nord-Neukölln als innerstädtischer Ortsteil ein beliebtes Ziel für Ausgeh- und Feieraktivitäten. Die Vielzahl an Bars, Restaurants, Kneipen und Clubs sowie die großen Verkehrsknoten und Einkaufsmöglichkeiten ziehen viele Menschen an. Mit einer höheren Anzahl an Begegnungen im Alltag gehen mehr Vorfälle einher.

Während im Jahr 2023 noch 19 **Sachbeschädigungen** verzeichnet wurden, sank die Zahl im Jahr 2024 auf 12. Vor allem haben antisemitisch motivierte Sachbeschädigungen abgenommen. Trotz dieses leichten Rückgangs zeichnen sich bestimmte Tendenzen und Motivationen hinter den Taten ab. Das Hauptmotiv für die Sachbeschädigungen im Jahr 2024 war LGBTQ*-Feindlichkeit. Zusätzlich wurden drei Sachbeschädigungen einem antisemitischen Motiv zugeordnet. Bemerkenswert ist, dass 2024 zunehmend Läden, Cafés und Kneipen von gezielten Sachbeschädigungen betroffen waren. Im Reuterkiez wurde im Juli an die Fassade und/oder Fensterscheibe verschiedener queer-freundlicher und linker Lokalitäten „SS“ geschmiert. Mehrfach kam es auch bei einer Kneipe in der Emser Straße zu gezielten Sachbeschädigungen und gewaltvollen Übergriffen. Dort finden regelmäßig antisemitismuskritische Veranstaltungen statt.

Strukturelle Benachteiligung meint die Ungleichbehandlung von Menschen innerhalb der Gesellschaft aufgrund historisch und sozial gewachsener Machtverhältnisse, die in gesellschaftlichen Strukturen, Regeln, Normen und Diskursen verankert sind. Dabei handelt es sich z. B. um ungesetzliches Behördenhandeln, Diskriminierungen im medizinischen Bereich und auf dem Wohnungsmarkt. Meist werden Vorfälle dieser Art durch Beratungsstellen an die Registerstellen übermittelt. Obgleich den Registern im Jahr 2024 keine Zahlen der Meldestelle für Diskriminierungen an Schulen übermittelt werden konnten, lässt sich hier mit 41 dokumentierten Vorfällen eine Zunahme vernehmen. In den vergangenen Jahren machten diese einen Großteil der Meldungen in dem Bereich der strukturellen Benachteiligung aus.

Doch das Dunkelfeld in diesem Bereich ist nach wie vor groß. In den Vorjahren lag die Gesamtzahl in dieser Vorfallkategorie noch bei 32 (2023) bzw. 17 (2022). Hier ist Rassismus weiterhin das Hauptmotiv

(32 von 41 Vorfälle). Im Auswertungsjahr forderte das Jobcenter Neukölln beispielsweise Unterlagen von einem rumänischen Antragsteller, die gar nicht benötigt wurden. Einer weiteren Person wurde der Zugang zu existenzsichernden Leistungen verweigert. In der Begründung wurde der betroffenen Person vorgeworfen, sie wolle das Geld nur in ihrem Heimatland ausgeben – eine regelwidrige Unterstellung.

Auch bei den **Veranstaltungen** konnte das Register Neukölln einen Anstieg verzeichnen. Die 21 dokumentierten Veranstaltungen waren ausnahmslos antisemitisch motiviert. Infolge der Ereignisse des 7. Oktober 2023 war in Neukölln und in ganz Berlin weiterhin ein erhöhtes Versammlungsgeschehen zu beobachten. Hier konnten Parolen sowie Plakate, Transparente oder Schilder mit antisemitischen Inhalten festgestellt werden. Auf den meisten Demonstrationen gegen den Gazakrieg stand dieser im Mittelpunkt. Einzelne Gruppen und Teilnehmende nutzten diese als Plattform um antisemitische Schilder und Parolen zu verbreiten.

- **Angriffe**
z.B. Körperverletzung, massive Bedrohungen
- **Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien**
- **Propaganda**
z.B. Aufkleber, Plakate, Graffiti, Schmierereien, Flugblätter, Flyer
- **Sachbeschädigungen**
z.B. Stolpersteine, Gedenktafeln
- **Strukturelle Benachteiligung**
behördliche und institutionelle Diskriminierung
- **Veranstaltungen**
z.B. Demonstrationen oder Infostände

Vorfallarten im Überblick

Vorfallmotive im Überblick

Antisemitismus und Rassismus erschweren den Alltag

In Bezug auf die Motivlage der erfassten Vorfälle zeigen die Zahlen Folgendes: Antisemitismus stellt mit 197 Vorfällen die häufigste Motivkategorie dar, was rund 40 % aller dokumentierten Vorfälle entspricht. An zweiter Stelle steht Rassismus mit 86 Vorfällen (18 %), gefolgt von NS-Verharmlosung/Verherrlichung (14 %) und LGBTIQ*-Feindlichkeit (11 %).

Vorfallmotive 2022, 2023 und 2024

■ 2022 ■ 2023 ■ 2024

Antifeminismus



Antisemitismus



Behindertenfeindlichkeit



LGBTIQ*-Feindlichkeit



Politischer Gegner



Rassismus



Rechte Selbstdarstellung



Sozialchauvinismus



Verharmlosung/Verherrlichung des NS



Das zweithäufigste Motiv **Rassismus** zeigt sich besonders bei den strukturellen Benachteiligungen sowie bei den Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien. Dazu zählen offenkundig rassistische Äußerungen als auch strukturell diskriminierendes Vorgehen beispielsweise durch Institutionen. Von Rassismus betroffenen Personen wird dabei z.B. strukturell der Zugang zum Wohnungs- oder Arbeitsmarkt erschwert bis hin verwehrt. Die Berliner Register beleuchten beim Themenfeld Rassismus verschiedene Erscheinungsformen: Rassismus allgemein (nicht näher zugeordnet), anti-Schwarzer Rassismus, antimuslimischer Rassismus und Antiziganismus. Etwa die Hälfte der gemeldeten rassistischen Vorfälle richtete sich gegen Sinti*zze und Rom*nja. In einem Supermarkt in Neukölln kam es beispielsweise zu einer Bedrohung aus antiziganistischer Motivation. Ein Kunde des Supermarkts beleidigte ein Kind, welches ein Produkt nicht korrekt in ein Regal zurückgelegt hatte. Er nutzte die rassistische Fremdbezeichnung. Als die Mutter des Kindes einschritt, drohte er dieser mit erhobener Hand und wiederholte die rassistische Fremdbezeichnung, sowie weitere Beschimpfungen. Ein weiterer Vorfall zeigt exemplarisch die Alltäglichkeit von Rassismen im öffentlichen Raum: Im September zeigte ein Mann in der Erkstraße in Nord-Neukölln den Hitlergruß, als eine mit Burka bekleidete Frau an ihm vorbeiging.

Die Erfassung von Rassismus und insbesondere Alltagsrassismen zählt weiterhin zu den großen Herausforderungen der Registerarbeit, da von einem großen Dunkelfeld auszugehen ist. Eine Erhellung dieses Phänomenbereichs kann nicht zuletzt hilfreich sein, um die Auswirkungen rassistischer Diskurse und das Ausspielen verschiedener Betroffenengruppen in Medien und Politik besser zu veranschaulichen.

Mit insgesamt 197 dokumentierten **Antisemitismus**-Vorfällen lässt sich eine erhebliche Steigerung im Vergleich zum Vorjahr (2023: 106) feststellen. Es ist davon auszugehen, dass sich der plötzliche Anstieg antisemitischer Vorfälle seit dem 7. Oktober 2023 auf einem konstant hohen Niveau eingependelt hat. Der Anstieg zeigt sich in beinah allen von den Registern erfassten Bereichen. Zumeist handelt es sich um Propaganda, Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien sowie Veranstaltungen. Etwa die Hälfte der registrierten antisemitischen Vorfälle standen im Kontext des Krieges zwischen der Hamas und Israel in Gaza. Darunter sind beispielsweise Vorfälle, die sich positiv auf die Gewalt am 7. Oktober 2023 beziehen. So wurde im September ein Graffiti-Gedenken an sechs ermordete israelische Geiseln in der Oderstraße mit der Parole „Free Palestine from German Colonialism“ übersprüht. Außerdem wurden die Namen durchgestrichen. Das Vorfallgeschehen umfasst auch offenkundige Gewaltandrohungen gegen Jüdinnen*Juden wie folgendes Beispiel zeigt: In einem Hauseingang in der Schillerpromenade im Norden Neuköllns wurde im Januar die antisemitische Schmiererei „Juden gasen“ entdeckt. Infolgedessen berichteten Betroffene zunehmend von Unsicherheiten und einem Isolationsgefühl, dem Verzicht in der Öffentlichkeit Hebräisch zu sprechen oder eine jüdische Zeitung zu lesen.



EXTREM RECHTE PROPAGANDA

17. Mai 2024

Im Mollnerweg Ecke Ringslebenstraße im Bezirksteil Buckow wurde ein LGBTQI*-feindlicher Aufkleber entdeckt. Dieser zeigt zwei durchgestrichene Regenbogenflaggen und titelt „Pädophilie bekämpfen. Schützt die Kinder!“. Es handelt sich hierbei um eine gezielte Desinformationskampagne, die von der extremen Rechten ausgeht und queere Menschen in Verbindung mit sexualisierter Gewalt oder Kindesmissbrauch bringt. Ein weiterer Aufkleber richtet sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten.

Quelle: Register Neukölln

V O R F A L L A U S D E R C H R O N I K

11

Die Zahl an dokumentierten **LGBTIQ*-feindlichen** Vorfällen in Neukölln hat sich von 41 auf 52 erhöht. Queere Menschen waren auch schon in den Vorjahren häufig von Angriffen und Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien betroffen. Im März kam es zu einem versuchten LGBTIQ*-feindlichen Angriff auf dem Reuterplatz. Zwei junge Frauen saßen auf einer Parkbank und küssten sich. Unmittelbar danach wurden sie, vermutlich von einer Gruppe Jugendlicher im benachbarten Park, mit einem Pflasterstein beworfen. Der Stein verfehlte die betroffenen Personen, traf aber die Trinkflasche an der Außenseite des Rucksacks und hinterließ eine sehr starke Delle. Feindschaft gegen queere Menschen ist ein Querschnittsthema und Kernbestandteil der gesamten extremen Rechten und ihrer Ideologie. Dies äußert sich auf unterschiedliche Weise, beispielsweise in gezielten Kampagnen, und kulminiert in offenem Hass und Gewalt.

Insgesamt wurden 68 Vorfälle mit dem Motiv der **Verharmlosung und Verherrlichung des Nationalsozialismus** dokumentiert. Im Jahr 2023 handelte es sich noch um das zweithäufigste Motiv mit insgesamt 102 erfassten Vorfällen. Der Rückgang lässt sich zum einen darauf zurückführen, dass dem Register Neukölln weniger Hakenkreuzschmierereien gemeldet wurden. Zum anderen zeichnet sich ab, dass Neonazis in Süd-Neukölln vermehrt Parolen und Zahlen-codes schmieren, die sich gegen ihre politischen Gegner*innen richten. Obgleich es sich bei den NS-verherrlichenden und verharmlosenden Vorfällen größtenteils um Propaganda handelt, konnten auch fünf Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien registriert werden. An der S-Bahn-Haltestelle Hermannstraße nahm ein Mann im Dezember ein Telefonat mit den Worten „Sieg Heil“ entgegen und wiederholte dies, wahrscheinlich auf Rückfrage des Anrufenden, ein weiteres Mal.

Mit **Rechte Selbstdarstellung** meinen die Berliner Register das Werben für eine rechte Organisation oder einen neonazistischen Online-Versandhandel, ohne dabei konkrete Inhalte zu vermitteln. Ein Beispiel dafür ist ein Aufkleber, auf dem nur das Abzeichen einer neonazistischen Partei abgebildet ist. Auch hier handelt es sich zumeist um Propaganda. Von den 44 (2023: 34) dokumentierten Vorfällen in diesem Bereich weisen 27 einen Bezug zu der extrem rechten Kleinstpartei „Der III. Weg“ auf. Weiterhin beschränken sich diese Vorfälle zum Großteil auf Süd-Neukölln.

Leicht angestiegen ist zudem die Zahl an Vorfällen **gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten** (2023: 28; 2024: 38). „Anti-Antifa“-Schmierereien, Zahlen-codes oder gezielte Bedrohungen von politischen Gegner*innen sind Beispiele für derartige Vorfälle. Zielscheibe sind neben zivilgesellschaftlich Organisierten auch parlamentarische Vertreter*innen demokratischer Parteien. So wurde im Mai letzten Jahres beispielsweise die Senatorin und Wahlkreis-abgeordnete Franziska Giffey während eines Termins in einer Stadtbibliothek im Bezirksteil Rudow von einem Mann angegriffen. Dabei wurde der Betroffenen ein Beutel mit festem Inhalt gegen den Kopf geworfen.

Das Register Neukölln dokumentierte drei **behindertenfeindliche** Vorfälle im Jahr 2024, davon zwei strukturelle Diskriminierungen. Beispielsweise werden Personen darin behindert, Zugang zu öffent-

lichen Verkehrsmitteln, Veranstaltungen oder Geschäften zu erhalten. Im Britzer Garten wurde einer Person erst der Eintritt verwehrt, da sie für ihren E-Rollstuhl eine Sondergenehmigung hätte beantragen müssen. Der zuständige Mitarbeiter bestand darauf, die betroffene Person ohne Genehmigung nicht in den Park zu lassen, obwohl es sich bei dem E-Roller um ein zugelassenes Hilfsmittel handelt. Erst nach weiteren Diskussionen und einem Anruf bei dem Vorgesetzten wurde die Person eingelassen. Auch in diesem Bereich ist von einem großen Dunkelfeld auszugehen. Betroffene und Mitarbeitende von Beratungsstellen weisen darauf hin, dass Vorfälle kaum bis gar nicht gemeldet werden. Das Register Neukölln möchte sich hier verbessern.

Lediglich einen **antifeministischen** und keinen **sozialchauvinistischen** Vorfall konnte das Register Neukölln im Jahr 2024 dokumentieren. Im Juli 2024 erhielt eine feministische Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt ein Paket, umhüllt mit einem Plakat gegen Rassismus und Sexismus aus ihrem eigenen Hausflur. Darin war eine offene Flasche voll Urin.

Vorfälle mit sozialchauvinistischem Motiv haben eine hohe Dunkelziffer. Gewalt gegen Wohnungslose findet noch immer wenig Aufmerksamkeit und stellt eine Herausforderung für die Erfassung dar. Weiter mangelt es an der notwendigen Sensibilisierung für das Thema sowie einer weitreichenden Interessenvertretung. Gleichwohl sind verschiedene Diskriminierungserfahrungen meist nicht von-einander trennbar bzw. miteinander verflochten. So können Vorfälle rassistischer Motivation ebenfalls auch sozialchauvinistisch sein. Besonders häufig zeigt sich diese Intersektion bei den dokumentierten antiziganistischen Vorfällen.

- **Rassismus**

Anti-Schwarzer Rassismus, Antimuslimischer Rassismus, Rassismus gegen Romn*ja und Sinti*zze

- **Antisemitismus**

- **LGBTIQ*-Feindlichkeit**

- **Verharmlosung/Verherrlichung des Nationalsozialismus**

- **Rechte Selbstdarstellung**

z.B. Werbung für extrem rechte Gruppen oder Wahlkampfaktivitäten

- **Sozialchauvinismus**

z.B. Feindschaft gegen obdachlose Personen

- **Ableismus**

Feindschaft gegenüber Menschen mit Behinderung

- **Politische Gegner*innen** (der extremen Rechten)

- **Antifeminismus**

Motivkategorien im Überblick

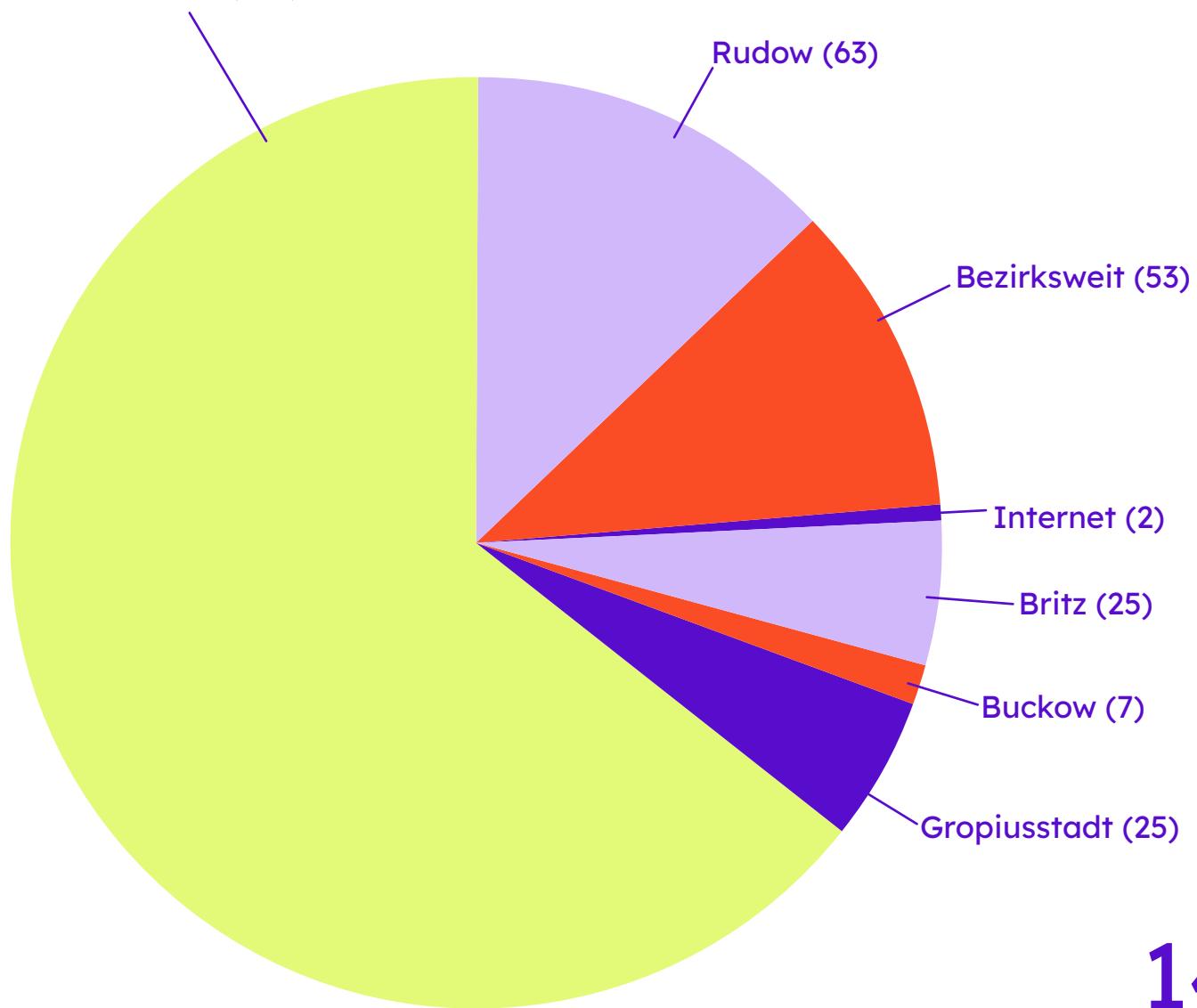
Ein Blick in die Bezirksteile

Nord-Neukölln

Etwa die Hälfte aller Neuköllner*innen lebt dicht an dicht im gleichnamigen Bezirksteil. Nord-Neukölln weist sowohl eine vorteilhafte ÖPNV-Anbindung als auch eine Vielzahl an dort ansässigen und aktiven Initiativen, Vereinen, Kiez- und Kulturräumen auf. Ferner zeichnet sich der Ortsteil durch eine hohe Frequenz an politischen Veranstaltungen, Demonstrationen und Kundgebungen und einer stärker politisierten und aktiveren Melder*innenstruktur aus. Unter anderem resultiert hieraus das vergleichsweise hohe Vorfallaufkommen mit einer Gesamtzahl von 310 (2023: 229; +86). Der dokumentierte Anstieg lässt sich in erster Linie im Bereich der antisemitisch motivierten Propaganda feststellen. Weiterhin werden in Nord-Neukölln die meisten gewaltvollen Vorfälle erfasst. Für das Jahr 2024 heißt das konkret: 24 Angriffe und 51 Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien.

Auswertung nach Ortsteilen

Nord-Neukölln (314)



Rudow

Im südlichen Rudow verzeichnete das Register Neukölln hauptsächlich Propagandameldungen (58), aber auch drei Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien sowie einen Angriff. Die Umgebung rund um den U-Bahnhof Rudow und den Selgenauer Weg fällt auch in diesem Auswertungsjahr besonders aufgrund hoch frequenter Propaganda auf. Dort tauchen regelmäßig neue Aufkleber, Schmierereien und Graffiti auf. Das spricht für die These, dass dort Neonazis wohnen und vor ihrer Haustür Propaganda verbreiten. Von den insgesamt 58 erfassten Propagandavorfällen nahmen 31 Bezug auf die extrem rechte Kleinstpartei „Der III. Weg“.

Die Verbreitung von neonazistischen Inhalten im Stadtbild als Teil rechter Raumnahme zählt zu den gängigen Strategien der extremen Rechten und verfolgt zumeist das Ziel der Einschüchterung ihrer politischen Gegner*innen. Sie geht häufig neonazistischen Gewalttaten voraus.



DISKRIMINIERENDER ANGRIFF

25. September 2024

Am U-Bahnhof Wutzkyallee in Gropiusstadt wurde eine Person von einem Mann rassistisch und sexistisch beleidigt. Der Mann hat zuvor laut im Bahnhof geschrien und wurde dann von der betroffenen Person aufgefordert, leise zu sein. Daraufhin beleidigte er die Betroffene rassistisch und sexistisch und baute sich mehrfach vor der Person auf. Dabei deutete er an, sie anzusucken. Die meldende Person schritt in die Situation ein und wurde auch beleidigt und gegen die Brust geschlagen. Laut Einschätzung der meldenden Person, schien der Mann unter Drogeneinfluss zu stehen.

Quelle: Register Neukölln

V O R F A L L A U S D E R C H R O N I K

Gropiusstadt

In Gropiusstadt lag das Vorfallaufkommen mit 25 auf einem ähnlich hohen Niveau wie im Vorjahr (2023: 29). Im Jahr 2022 wurden hier allerdings nur neun Vorfälle erfasst. Mehr aktive Melder*innen haben zu dem Anstieg beigetragen. Ein genauer Blick zeigt, dass es sich zwar vorwiegend um Propagandaaktionen handelt, jedoch auch zwei Angriffe und zwei Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien vermerkt wurden.

Britz

Der Bezirksteil Britz verzeichnet einen leichten Anstieg von acht Vorfällen. Während 2023 noch kein Angriff dokumentiert wurde, waren es 2024 drei. Darüber hinaus 17 Propagandavorfälle, drei Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien sowie eine Sachbeschädigung. So wurde im Februar in der Hufeisensiedlung eine Gedenktafel für das Zwangsarbeiter*innenlager in der Onkel-Bräsig-Straße gestohlen. Erst im April des Jahres 2023 wurde die Gedenktafel von der Anwohner*inneninitiative „Hufeisern gegen Rechts“ enthüllt.

Buckow

Auch in Buckow wurden mehr Vorfälle erfasst als im Vorjahr (2024: 7; 2023: 4). Darunter war ein antimuslimischer Angriff, bei dem eine Frau in einem Supermarkt von einem Mann grob angerempelt wurde, obwohl in dem Gang genug Platz war, um problemlos an ihr vorbei zu laufen. Später an der Kasse warf ihr der Mann außerdem noch einschüchternde Blicke zu. Die betroffene Frau ordnete die Situation aufgrund ihres Kopftuchs als rassistischen Übergriff ein.

Bezirksweit und Internet

Bezirksweite Vorfälle werden meist zum Schutz von Betroffenen oder aufgrund der Anonymisierungsvorgabe der kooperierenden Beratungsstellen nicht näher zugeordnet. Deshalb handelt es sich auch häufig um Vorfälle mit direktem Bezug zu Betroffenen, also Bedrohungen, Beleidigungen, Angriffe und strukturelle Benachteiligungen. Unter den 52 registrierten Vorfällen sind beispielsweise Diskriminierungen in Bildungseinrichtungen oder auf dem Wohnungsmarkt, antisemitische Bedrohungen oder rassistische Anfeindungen im Wohnumfeld.

Zusätzlich wurden im Jahr 2024 zwei Online-Vorfälle dokumentiert. Darunter eine Online-Petition gegen die Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete im Sangerhauser Weg in Britz. Darin wurde sich rassistisch auf geflüchtete Menschen bezogen. In der Petition hieß es: „Die geplante Einrichtung eines Containerdorfes für Flüchtlinge im Sangerhauser Weg stört einfach unser Umfeld und gehört dort nicht hin. Unsere Gemeinschaft ist bekannt für ihre grünen Räume und Ruhe, die durch dieses Projekt bedroht sind“. Das kann als rassistisch gewertet werden, weil ein generalisierendes Bild von Geflüchteten als Störfaktoren für die Ruhe und den Frieden in der Nachbar*innenschaft suggeriert wird. Auch in den Kommentaren fanden sich rassistische Aussagen wie „Deutschland den Deutschen“.

Bei einer Informationsveranstaltung für Anwohner*innen im September zeigte sich teilweise die Stoßrichtung der Petition. So wurden Sprecher*innen lautstark durch Zwischenrufe unterbrochen und weitere Störaktionen initiiert. Eine spontan angemeldete Demonstration bildete den Höhepunkt des Protestes. Mobilisierungen gegen Geflüchtete gehören schon lange zu dem Betätigungsfeld der extremen Rechten. Nicht zuletzt führten die sogenannten Nein-zum-Heim-Proteste im Jahr 2015 zu mehreren gewaltvollen rassistischen Angriffen. Das Monitoring der Berliner Register kann dabei unterstützen, rassistische Mobilisierungen möglichst frühzeitig sichtbar zu machen und entsprechende Gegenstrategien zu entwickeln.

In aller Kürze

Weltpolitische Ereignisse wie der Gazakrieg schlügen sich in Neukölln nieder: Infolge des 7. Oktobers 2023 fand eine gezielte antisemitische Mobilisierung statt, die das ganze Jahr über anhielt. Jüdinnen* Juden in Neukölln sehen sich zunehmend eingeschüchtert. Außerdem ist von einem stetigen Zuwachs an aktiven Melder*innen auszugehen, die sich für eine demokratische und plurale Gesellschaft engagieren wollen. Nicht zuletzt haben die Enthüllungen des Medienhauses „Correctiv“ zu extrem rechten Strukturen dazu beigetragen, dass mehr Menschen auf die Arbeit des Registers Neukölln aufmerksam geworden sind.

Trotz des Anstieges an Vorfällen bleibt ein beträchtliches Dunkelfeld bestehen, da viele Vorfälle nicht gemeldet werden. Dies könnte auf verschiedene Faktoren zurückzuführen sein, darunter Unkenntnis über die Meldestellen, Ohnmachts- und Schamgefühle oder mangelndes Vertrauen in die Wirksamkeit von Meldesystemen. Zentral für die Registerarbeit bleibt deshalb die Stärkung der Melder*innenstruktur und die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bedeutung von zivilgesellschaftlichem Monitoring.

Unser Dank gilt den vielen aktiven Melder*innen in Neukölln, die rechtsextreme Propaganda entfernen, bei Bedrohungen und Pöbeln im öffentlichen Raum Zivilcourage zeigen oder den Mut haben, ihre Erfahrungen zu teilen!

Neuköllner Angriffschronik für das Jahr 2024

- 6. Januar 2024**
Antisemitischer Angriff am Hermannplatz
- 16. Januar 2024**
Queerfeindlicher Angriff im Schillerkiez
- 27. Januar 2024**
Rassistischer Angriff in Neukölln
- 30. Januar 2024**
Queerfeindlicher Angriff in Nord-Neukölln
- 31. Januar 2024**
Strukturelle Diskriminierung am Neuköllner Wohnungsmarkt mit Gewalt
- 15. Februar 2024**
Rassistischer Angriff in Neukölln
- 5. März 2024**
Rassistischer Angriff in Nord-Neukölln
- 6. März 2024**
Versuchter LGBTIQ*-feindlicher Angriff in Nord-Neukölln
- 15. März 2024**
Queerfeindlicher Angriff am U-Bahnhof Boddinstraße
- 16. März 2024**
Rassistisch motivierter Angriff in Britz
- 27. März 2024**
LGBTIQ*-feindlicher Angriff auf dem Tempelhofer Feld
- 5. April 2024**
Queerfeindlicher Angriff in der Pannierstraße
- 12. April 2024**
Antisemitischer Angriff in Neukölln
- 14. April 2024**
LGBTIQ*-feindlicher Angriff in der Pannierstraße
- 26. April 2024**
Rassistisch motivierter Angriff in Gropiusstadt
- 5. Mai 2024**
Angriff auf Journalist*innen in der Sonnenallee
- 7. Mai 2024**
Angriff auf Wahlkreisabgeordnete in Rudow
- 11. Mai 2024**
Antiziganistisch motivierter Angriff in Nord-Neukölln
- 17. Mai 2024**
Queerfeindlicher Angriff in Nord-Neukölln
- 27. Mai 2024**
Antisemitischer Angriff in der Pflügerstraße
- 4. Juni 2024**
Homofeindlicher Angriff in Nord-Neukölln
- 25. Juni 2024**
Queerfeindlicher Angriff in Britz
- 6. Juli 2024**
Antisemitischer Angriff in Neukölln
- 16. Juli 2024**
Homofeindlicher Angriff im Weichselpark
- 21. Juli 2024**
Rassistischer Angriff in Nord-Neukölln
- 15. September 2024**
Queerfeindlicher Angriff in Nord-Neukölln
- 21. September 2024**
Antimuslimisch-rassistischer Übergriff in Neuköllner Supermarkt
- 25. September 2024**
Rassistischer Angriff in Gropiusstadt
- 29. September 2024**
Antisemitisch motivierter Angriff in Nord-Neukölln
- 15. Oktober 2024**
Rassistischer Angriff in Neukölln
- 30. Oktober 2024**
Erneuter Angriff in der Emser Straße
- 2. November 2024**
LGBTIQ*-feindlicher Angriff in Nord-Neukölln
- 4. November 2024**
LGBTIQ*-feindlicher Angriff in Nord-Neukölln
- 7. November 2024**
Antisemitische Angriffe bei Fußballspiel in Britz
- 24. November 2024**
LGBTIQ*-feindlicher Angriff in der Pflügerstraße
- 22. Dezember 2024**
Erneuter antisemitischer Angriff in der Emser Straße



IMPRESSUM

Herausgeber*in:
Register Neukölln

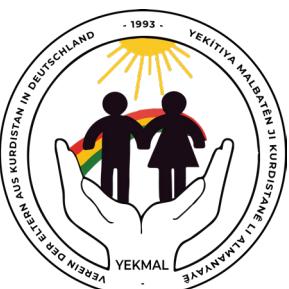
Postadresse:
YEKMAL e. V.
Verein der Eltern aus Kurdistan in Deutschland /
Yekîtiya Malbatên ji Kurdistanê li Almanyayê
Schönleinstr. 23
10967 Berlin

V.i.S.d.P:
Günay Darici, Schönleinstr. 23, 10967 Berlin

Kontakt:
E-Mail: register-nk@yekmal.de
Telefon: +49 157 392 85 358
Instagram: [@registernk](https://www.instagram.com/@registernk)
bluesky: [@register-nk.bsky.social](https://bluesky.social/@register-nk.bsky.social)
www.berliner-register.de/register/neukoelln/
www.yekmal.com/unsere-bereiche/centrum-fuer-anti-diskriminierung/register-neukoelln/

Layout:
Hanna Müller (@jo_haehnchen_9000)

Herzlichen Dank an:



Gefördert durch

BERLIN		DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Wenn du diskriminierende Vorfälle erlebst oder beobachtest, kannst du sie dem Register Neukölln melden!

MELDE VORFÄLLE ÜBER:

E-Mail

Online-Formular

Telefon

Telegram/Signal/Whatsapp

Instagram/bluesky

Register
Neukölln